

JAHRESMEDIENKONFERENZ VOM 5.1.2010

Rolf Zimmermann, Leiter Zentralsekretariat SGB

Für leistungsfähige öffentliche Infrastrukturen

Die Finanzkrise und die von ihr ausgelöste Weltwirtschaftskrise von epochalem Ausmass zeigen, dass liberalisierte Märkte nicht die Lösung, sondern der Beginn gravierender ökonomischer Probleme sind. Das haben wir schon früher gesagt und wiederholen es hier ganz bewusst. Ich erinnere auch an die bekannte Erfahrung: Infrastruktur-Liberalisierungen führen erstens zu massiv steigenden Preisen, drücken zweitens stark auf Löhne und Arbeitsbedingungen und bauen drittens die Versorgungsqualität ab. Sie verschärfen somit die Krise noch. Wir müssen und wollen den Liberalisierungstrend umkehren.

Erstes und für 2010 aktuellstes Beispiel ist die Post. Der Ständerat hat mit einem Zufallsmehr die totale Liberalisierung der Postversorgung beschlossen. Der Nationalrat kann noch anders entscheiden. Die Postreform, wie sie von Bundesrat und Ständerat beantragt wird, bringt gemäss ausländischen Erfahrungen höhere Preise und tiefere Löhne. Sie bedroht auch die sehr gute Grundversorgung der Schweizer Post. Der Bundesrat selber rechnet damit, dass sie im völlig liberalisierten Markt nicht mehr finanziert sein wird. Deshalb schlägt er eine komplizierte, nicht vollziehbare Abgabenregelung vor, die die Preise nochmals verteuern würde. Die Finanzierungslücke bedeutet aber auch Leistungsabbau: u. a. massiv weniger Poststellen, reduzierte Zustellung oder Briefkastengebühren. Für den SGB ist klar, dass sich die kleinräumige und dezentrale Schweiz mit ihrer auf kleinen und mittelgrossen Unternehmen beruhenden Volkswirtschaft keine schlechtere Postversorgung leisten darf. Die billigste und effizienteste sowie krisenresistente Lösung ist und bleibt das Restmonopol der bundeseigenen Post. Ein ineffizienter Wettbewerb mit Mehrfach-Infrastrukturen wäre eine volkswirtschaftliche Dummheit. Der SGB wird alles dafür tun, der Schweiz die Totalliberalisierung der Postdienste zu ersparen. Der SGB will auch gemeinsam mit der Gewerkschaft Kommunikation weiterhin gute Arbeitsbedingungen durchsetzen. Dafür ist ein branchenweiter GAV nötig.

Zweitens wird uns im neuen Jahr die Revision des Stromversorgungsgesetzes (StromVG) beschäftigen. Der SGB wirkt in den dafür beauftragten Arbeitsgruppen der Verwaltung aktiv mit. Wir haben 2002 mit unserem Referendum das EMG zu Fall gebracht. Es war von einem unkritischen Marktglauben geprägt. Die Teilliberalisierung des nun geltenden Gesetzes ist ein politischer Kompromiss, der sich nicht bewährt hat. Die Revision muss dafür sorgen, dass sich die inakzeptablen Preisschübe nicht fortsetzen und muss deshalb auf die zweite Etappe mit einer totalen Liberalisierung verzichten. Die sichere und preisgünstige Stromversorgung der Gebietsmonopole mit einem öffentlichen Leistungsauftrag muss erhalten oder wieder hergestellt werden. Das von den europäischen Stromhandels-Börsen begründete Preisdiktat der Produzenten im liberalisierten Markt ist für grosse und kleine Unternehmen und für die privaten

Haushalte unzumutbar. Das demokratisch kontrollierte Monopol – notabene beim Stromnetz ein natürliches Monopol – ist wirtschaftlich viel besser und generell transparenter als die technisch und juristisch komplizierten Regulierungen.

Schliesslich noch eine warnende Bemerkung zur Schienenverkehrspolitik: Hier geht der Bundesrat nach seinen letzten Beschlüssen vor der Weihnachtspause ebenfalls in die absolut falsche Richtung. Die Schweizer Eisenbahnpolitik gilt weltweit als vorbildlich. Die Ausbauentscheide der letzten Jahrzehnte sind mehrfach vom Volk bestätigt worden. Die Frequenzen sind gestiegen, die Reisenden steigen um. Dass damit der Finanzbedarf für den Unterhalt und Betrieb der Infrastruktur ebenfalls zunimmt, ist selbstverständlich. Aber gerade hier will der Bundesrat unter dem Druck des Finanzministers sparen und mit über 1 Milliarde Franken 20% der benötigten Mittel kürzen. Er verschiebt damit Kosten in die Zukunft und gefährdet so das Schweizer Erfolgsmodell. Er ist auch konzeptlos, wenn er als Alternative den nötigen weiteren Ausbau der Infrastruktur abbremsen will. Der SGB wendet sich klar gegen diese bahnpolitischen Rückschritte und wird im Lauf des Jahres Vorschläge unterbreiten, die die Sicherheit und Qualität unserer Bahninfrastruktur garantieren.